

MITTEILUNG | 01.06.2006

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB

Redaktion:

Dr. Christiane Schwarte (030) 227-5 23 60

Alexander Görlach (030) 227 5 48 06

Verena Herkenhoff (030) 227-5 53 75

Telefax (030) 227-5 66 60

fraktion@cducsu.de

www.cducsu.de

# **Bernhardt/Flosbach: Wohnimmobilien endlich in die Altersvorsorge integrieren**

**Zur Diskussion um die Integration der privat genutzten Wohnimmobilie in die Altersvorsorge erklären der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Otto Bernhardt MdB, und der zuständige Berichterstatter in der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus-Peter Flosbach MdB:**

Die Union setzt sich mit großer Vehemenz dafür ein, dass der Erwerb der Immobilie entsprechend der Riester-Rente gefördert werden kann. Daher haben wir schon vor einiger ein Konzept erarbeitet, das eine eigenständige Förderung vorsieht.

Hiermit wird die Attraktivität des Altersvorsorgesparens deutlich erhöht werden können und eine Wahlfreiheit verwirklicht. Wir sollten berücksichtigen, dass im Bewusstsein der Menschen der Vorteil des selbst genutzten Wohneigentums darin liegt, im Alter keine Miete zahlen zu müssen. 80 % sehen die eigene Immobilie als sicherste Form der Altersvorsorge an.

Wichtig bei einer zukünftigen Umsetzung wird sein, dass auf die nachgelagerte Besteuerung verzichtet wird. Der mögliche Steuerausfall soll durch eine Kürzung der Riester-Zulage finanziert werden. Diese Regelung ist für jeden transparent und einfach nachzuvollziehen.

Mit unserem Vorschlag kommen wir den Bedürfnissen der Menschen entgegen, und zwar insbesondere derer, die gering verdienen. Diesen muss endlich ein vernünftiger Weg geboten werden, selbstgenutztes Eigentum im Rahmen der Riester-Rente zu erwerben.

Die Union setzt sich daher dafür ein, dass endlich die entsprechenden Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden. Endlich hat auch die SPD erkannt, dass man sich der Förderung von selbstgenutzten Wohnimmobilien nicht verschließen kann und darf. Wir sehen, dass unser Koalitionspartner deutliche Schritte auf uns zugegangen ist.